

# STADT NORDEN

## Protokoll

über die Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses (06/UmwE/2013)  
am 25.11.2013

im Konferenzraum der Firma Dong Energy, Am Osthafen 1, Norden-Norddeich

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
  2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
  3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
  4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
  5. Bekanntgaben
  6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 30.05.2013  
**0609/2013/FB3**
  7. Vorstellung der Firma Dong Energy
  8. Vorstellung des Landesfischereiverbandes Weser-Ems e. V.
  9. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung Stadtwerke
  10. Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (InEKK);  
Projektentwicklung  
**0745/2013/FB3**
  11. Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in Norden - Kastanie, Raiffeisenstraße 4  
**0665/2013/3.3**
  12. Bürgerbaum  
**0728/2013/3.3**
  13. Dringlichkeitsanträge
  14. Anfragen
  15. Wünsche und Anregungen
  - 15.1. Wünsche und Anregungen, Vortrag zur Geothermie
  16. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)
- zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Vorsitzender Gent begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

**zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gent stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen**

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor. Vorsitzender Gent stellt die vorliegende Tagesordnung fest.

**zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen**

Keine.

**zu 5 Bekanntgaben**

Keine.

**zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 30.05.2013  
0609/2013/FB3**

Es ergeht folgender Beschluss:

**Das Protokoll wird genehmigt.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>6</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>3</b>

## zu 7 **Vorstellung der Firma Dong Energy**

Frau Paziorek, Fa. Dong-Energy, stellt den Konzern in einer kurzen Präsentation vor. Die Vorteile des Standortes Norddeich fasst sie wie folgt zusammen: die gute Erreichbarkeit der Windparks, die Nähe zum Hafen und der nahegelegene Flugplatz. Sie fügt ergänzend hinzu, dass die Windparks derzeit noch nicht von Norddeich aus angefliegen werden. Starts und Landungen vom Betriebsgelände soll es nicht geben.

Ratsherr Forster begrüßt die Ansiedlung der Fa. Dong-Energy in Norddeich und möchte wissen, wie viele Arbeitsplätze dauerhaft angesiedelt werden.

Frau Paziorek antwortet, dass derzeit 20 Personen hier arbeiten. Es wird jedoch bereits jetzt für den kommenden Windpark weiteres Personal gesucht.

Ratsherr Forster möchte wissen, ob auch in der hiesigen Region Personal gesucht wird.

Frau Paziorek bestätigt das.

Ratsherr Placke trägt vor, dass anfangs von über ca. 200 Mitarbeitern gesprochen wurde.

Unter der Voraussetzung, dass alle Windparks gebaut werden, wird bestätigt, dass es sich um eine realistische Anzahl handelt.

Unter Hinweis auf die bisherigen Probleme mit der Netzanbindung möchte Ratsfrau Lütkehus wissen, ob das für die Zukunft besser geregelt ist.

Frau Paziorek erwidert, dass die Netzanbindung für die Parks, die derzeit gebaut werden, steht. Weitere Parks werden nur gebaut, wenn sie sicher angebunden werden.

Vorsitzender Gent bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag.

## zu 8 **Vorstellung des Landesfischereiverbandes Weser-Ems e. V.**

Der Präsident des Landesfischereiverbandes Weser-Ems e. V., Herr Dirk Sander, stellt seinen Verband in einem kurzen Vortrag vor.

Er erklärt, dass die Küstenfischer in der Regel mit kleineren Schiffen unterwegs sind, dem Verband jedoch auch größere Schiffe angehören. Für diese größeren Schiffe gehen durch die Offshore-Windparks Fanggründe verloren. Bisher gab es insbesondere Einschränkungen durch die Arbeiten für die Netzanbindung der Fa. Tennet. Diese sollten innerhalb von zwei Monaten abgeschlossen sein, dauern aber jetzt schon über 2 Jahre an.

Herr Sander macht deutlich, dass ihm die Notwendigkeit der Nutzung erneuerbarer Energien durchaus bewusst ist, er befürchtet jedoch, dass die kleineren Betriebe dabei auf der Strecke bleiben. Das würde sich durch das Verschwinden der Kutter aus den kleinen Häfen auch auf den Tourismus auswirken. Hinsichtlich der größeren Schiffe hatte der Verband gehofft, dass diese als Zubringer etc. mit eingebunden werden könnten. Entsprechende Angebote an die Fa. Tennet sind von dort jedoch mit der Begründung abgelehnt worden, dass eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist.

Er äußert die Hoffnung, dass die Windparkbetreiber und die Fischerei gut miteinander auskommen und weist in diesem Zusammenhang auf eine Regelung in Frankreich in, wo Windparkbetreiber die Fischer beteiligen. Er möchte die Politik dafür sensibilisieren evtl. auch in Deutschland eine solche Regelung zu schaffen.

Vorsitzender Gent regt an, dass Beigeordneter Schmelzle diesen Vorschlag „nach Berlin trägt“.

Ratsherr Forster möchte wissen, ob sich die Fischerei noch rechnet und wie viele Arbeitsplätze davon abhängen.

Herr Sander erklärt, dass es weniger Fische, dafür aber mehr Krabben gibt. Nachdem 2011 ein schlechtes Jahr für die Fischer war (viele Krabben, jedoch geringe Bezahlung), geht es durch den Zusammenschluss zu Erzeugergemeinschaften wieder aufwärts. Im laufenden Jahr sind die Fischer zufrieden und sehen der Zukunft positiv entgegen.

Bzgl. der in Rede stehenden Arbeitsplätze geht er von 70 bis 80 Kuttern aus, die durchschnittlich mit 2-3 Personen besetzt sind. Hinzu kommen Arbeitsplätze an Land (Verkauf, Schiffsreparaturen etc.).

Vorsitzender Gent bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag.

## **zu 9      Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung Stadtwerke**

Herr Kleen (Stadtwerke) stellt das „Nörder Sparpaket Heizung“ vor.

(Anmerkung: Ein entsprechender Flyer ist dem Protokoll beigelegt.)

Herr Richtstein (Geschäftsführer Stadtwerke) erläutert folgende Themen:

- Quartalsabschluss
- Senkung Strompreis
- Nordsee-Service-Card
- Jubiläumsjahr 2014

(Anmerkung: Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.)

Herr Gent bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Vorträge.

## **zu 10      Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (InEKK); Projektentwicklung 0745/2013/FB3**

### **Sach- und Rechtslage:**

Die Ausarbeitung des Gutachtens „*Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Juist, Norderney, Baltrum und Norden*“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Regionalmanagements (REM) Tourismusdreieck. Mit diesem Gutachten wurde die Voraussetzung geschaffen – gemeinsam mit den REM-Partnern Juist und Baltrum (Norderney hat sich aus dem Projekt zurückgezogen) - beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) einen Förderantrag zur Einrichtung einer gemeinsamen Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten stellen zu können. Dieses Klimaschutzkonzept wurde dem Umwelt- und Energieausschuss am 13.11.2012 vorgestellt (siehe Sitzungsvorlage 0357/2012/FB3). Am 04.12.2012 hat der Rat der Stadt Norden den o. g. Schlussbericht beschlossen. Desweiteren wurde beschlossen, dass *im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes "Regionalmanagement (REM) Tourismusdreieck", gemeinsam mit den REM-Partnern Juist, Baltrum und Norderney, zur Einrichtung einer Stelle für eine(n) Klimaschutzbeauftragte(n) ein weiterer Förderantrag beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu stellen ist.*

Mit der Bearbeitung des Förderantrags wurde das Ing.-Büro für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH (ARSU) aus Oldenburg beauftragt. Entsprechend den zwischenzeitlich aktualisierten Förderrichtlinien, hat das Büro dazu einen Arbeitsplan für den/die Klimaschutzbeauftragten (Anlage 1), die tabellarische Zusammenstellung der priorisierten Maßnahmen (Anlage 2) und die daraus resultierenden Kosten, einschließlich Personalkosten (Anlage 3) er-

arbeitet.

Der letzte Punkt des Ratsbeschlusses vom 04.12.2012 besagt, dass die Beschlüsse zur Realisierung der im Schlussbericht "Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Juist, Norderney, Baltrum und Norden" (Stand: Juli 2012) jeweilig aufgeführten Maßnahmen gesondert einzuholen und die dazu benötigten Haushaltsmittel anzumelden sind.

Vor dem Hintergrund dieser Beschlussfassung muss der Ausschuss bzw. der Rat nunmehr darüber entscheiden, welche der Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden sollen, indem die dazu benötigten Finanzmittel – auch in den folgenden Jahren – garantiert bereitgestellt werden. Abhängig vom Ergebnis dieser Beratungen wird der Arbeitsplan für den/die Klimaschutzmanager (Anlage 1), der die wichtigste Grundlage für den gemeinsamen Förderantrag bildet, erstellt. Nach Ablauf der Förderperiode werden auf dieser Basis die Verwendungsnachweise zu erbringen sein. Sollte die Prüfung nicht zur Zufriedenheit des Fördermittelgebers ausfallen, z.B. weil Finanzmittel für im Förderantrag aufgeführte Maßnahmen nicht zur Verfügung standen, kann dies zur Rückzahlungsforderung der 65%igen Förderung führen.

Nach derzeitigem Planungsstand müsste die Stadt Norden zur Realisierung des Projekts in den kommenden drei Haushaltsjahren Finanzmittel in Höhe von rd. 977.000,- € (siehe Anlage 3, Seite 2 unten) zur Verfügung stellen.

Hinweis:

Der vollständige Schlussbericht des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes wurde im Ratsinformationssystem der Sitzungsvorlage 0357/2012/FB3 angefügt. Die Beschreibungen der jeweiligen Maßnahmen sind diesem Schlussbericht zu entnehmen.

Vorsitzender Gent begrüßt Frau Brunken-Winkler vom Ing.-Büro ARSU und erteilt ihr das Wort.

Frau Brunken-Winkler erläutert, dass nunmehr der Förderantrag für das Klimaschutzmanagement zu stellen ist und die Partner des InEKK die Firma ARSU mit der Antragstellung beauftragt haben.

Ergänzend zur Sach- und Rechtslage erklärt sie, dass ihr vom Fördergeber telefonisch die Auskunft erteilt wurde, dass die Partner die Übernahme der Personalkosten für drei Jahre garantieren müssen (durch Ratsbeschluss), die Umsetzung der priorisierten Projekte jedoch nicht zwingend notwendig ist. Wenn Projekte fallengelassen werden, drohen keine Sanktionen. Allerdings muss gewährleistet sein, dass das Klimaschutzmanagement ausgelastet ist.

Frau Brunken-Winkler erläutert sodann anhand einer Präsentation die erarbeiteten Unterlagen zum Förderantrag. (Anmerkung: Die Präsentation wurde zwischenzeitlich an die Ratsmitglieder verschickt.)

Vorab erklärt Frau Brunken-Winkler, dass sich die Stadt Norderney aus dem Projekt zurückgezogen hat, da man dort mit der Ausgestaltung des Konzepts nicht einverstanden war und das Thema anders handhaben möchte.

Sie erläutert weiterhin, dass in den Lenkungsgruppensitzungen besprochen wurde, welche Stellenanteile „Klimaschutzmanagement“ der einzelne Partner benötigt und welche Projekte aus dem Konzept Priorität haben sollen. Für den Förderantrag ist es erforderlich, taggenau festzulegen, wie viel Arbeitszeit das Klimaschutzmanagement für jedes Projekt benötigt.

Vorsitzender Gent möchte wissen, welche konkreten Maßnahmen das Projekt „Förderung des Fahrradverkehrs“, das mit 800.000 € zu Buche schlägt, beinhaltet.

Frau Brunken-Winkler antwortet, dass es sich nach ihrer Kenntnis um Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung des Fahrradverkehrs handelt.

Dipl.-Ing. Kumstel fügt ergänzend hinzu, dass es sich um keine konkreten Maßnahmen sondern um Erfahrungswerte handelt, die ein speziell dafür von der Fa. Beks Büro beauftragtes Büro für Verkehrsökologie ermittelt hat. Daraus können sich sowohl Maßnahmen für den Finanz- als auch für den Ergebnishaushalt ergeben.

Ratsherr Zitting fragt nach, ob es für die investiven Maßnahmen keine Förderung gibt.

Frau Brunken-Winkler bestätigt, dass lediglich die Personalkosten gefördert werden.

Ratsherr Forster möchte wissen, ob nur die Personalkosten fest einzuplanen sind und die Projekte dann noch frei wählbar sind oder ob die sieben priorisierten Maßnahmen „in Beton gegossen sind“.

Ratsfrau Lütkehus wirft ein, dass die Beschäftigung eines Projektmanagers nur Sinn macht, wenn auch Geld für Projekte zur Verfügung gestellt wird.

Ratsherr Forster ist sich darüber im Klaren, bezweifelt jedoch, dass Mittel in der genannten Höhe zur Verfügung gestellt werden können.

Ratsfrau Lütkehus kritisiert, dass den Ratsmitgliedern das Gesamtkonzept nicht in Papierform vorliegt. Sie weist darauf hin, dass Städt. Baudirektor Memmen bereits in der Novembersitzung 2012 geraten hatte, die im Konzept genannten Projekte im Einzelnen zu diskutieren. Dies sei leider nicht geschehen. Auch heute soll wieder nicht auf die einzelnen Projekte eingegangen werden. Das findet nicht ihre Zustimmung. Vor einer Entscheidung möchte sie genaue Kenntnis über die Maßnahmen und ihre Kosten haben. Abschließend weist sie auf einen Fehler in der Anlage 2 zur Sitzungsvorlage hin, wo es bzgl. der Projektförderung Fahrradverkehr statt 20.000 € 200.0000 € heißen muss.

Ratsfrau Lütkehus möchte wissen, ob der Stadt durch den Ausstieg der Stadt Norderney Nachteile entstehen.

Frau Brunken-Winkler verneint das, da die Stadt Norderney sehr frühzeitig ausgestiegen ist, so dass sich die Planungen nur auf die verbleibenden Partner bezogen haben.

Dipl.-Ing. Kumstel weist darauf hin, dass der Maßnahmenkatalog von der Fa. Beks und deren Partnern erarbeitet wurde und er selbst somit keine dezidierten Angaben zu den Projekten und deren Kosten machen kann.

Frau Brunken-Winkler fragt nach, ob die Fraktionen nicht am InEKK beteiligt wurden.

Ratsfrau Lütkehus verneint das. Es wurden keine konkreten Maßnahmen vorgestellt.

Unter Hinweis auf die fehlenden finanziellen Mittel bezweifelt Ratsherr Julius die Sinnhaftigkeit des Projekts.

Ratsherr Forster gibt zu bedenken, dass das gemeinsame Ziel der CO<sub>2</sub>-Minderung nunmehr angegangen werden sollte. Es besteht jetzt die Möglichkeit für relativ geringe Kosten eine entsprechende Stelle zu installieren. Die Projekte korrespondieren ggf. sogar mit den Maßnahmen, die sowie schon gewollt sind.

Ratsfrau Lütkehus spricht sich ebenfalls dafür aus, sich grundsätzlich mit der Thematik zu beschäftigen und den Prozess anzufangen. Sie warnt aber vor einer Verknüpfung mit den Haushaltsberatungen. Hier geht es um die fachliche Diskussion, die unbedingt vor den Haushaltsberatungen in diesem Ausschuss zu führen ist.

Vorsitzender Gent schließt sich dieser Auffassung an.

Ratsherr Forster schlägt vor, die Maßnahmen vor den Haushaltsberatungen in einer Sitzung des

Umwelt- und Energieausschusses zu beraten. Die Fraktionen sollte sich dabei schon im Vorfeld mit dem Thema beschäftigen.

Dipl.-Ing. Kumstel gibt zu bedenken, dass die Beschlussfassung zielführend sein muss, da eine Antragstellung nur mit den entsprechenden Beschlüssen erfolgen kann. An Frau Brunken-Winkler richtet er die Frage, inwieweit das Controlling Bestandteil dieser Beschlussfassung sein muss.

Frau Brunken-Winkler erwidert, dass der Förderer einen Beschluss einfordert, der aussagt, dass die Stadt sich verpflichtet, für die 1,5 Stellen für drei Jahre 35 % der Personalkosten (anteilig) zu übernehmen und die genannten Projekte zu erledigen. Weiterhin wird die Garantie erwartet, dass die Stadt kontrolliert und an den Förderer weitergibt, wofür sie das Geld ausgegeben hat und ob das Ziel erreicht wurde. Für das Controlling gibt es eine Software, die vom REM (Swyter) beschafft wurde und die für die laufende Berichterstattung und Mitteilung des Projektstandes verwendet werden kann.

Ratsherr Forster erkundigt sich nochmals nach der Gefahr einer Rückzahlungsforderung.

Frau Brunken-Winkler antwortet, dass mit einer solchen Forderung nicht zu rechnen ist, wenn das Klimaschutzmanagement ausgelastet ist.

Ratsherr Forster erinnert an seinen Antrag, sich mit der Angelegenheit nochmals im nächsten Umwelt- und Energieausschuss zu beschäftigen.

Dipl.-Ing. Kumstel weist nochmals eindringlich darauf hin, dass er die einzelnen Maßnahmen nicht kommentieren kann.

Ratsfrau Lütkehus möchte wissen, wer dazu in der Lage ist.

Dipl.-Ing. Kumstel verweist auf die Fa. Beks aus Bremen.

Unter Hinweis auf den derzeit laufenden Prozess der Haushaltskonsolidierung ist sich Beigeordneter Schmelze nicht sicher, ob es richtig ist, dieses Projekt mit so hohen Investitionskosten zu belegen.

Frau Brunken-Winkler macht nochmals deutlich, dass die Partner tagenau nachweisen müssen, was das Team tun soll. Es ist also eine Einteilung erforderlich für welche Maßnahme wie viel Zeit erforderlich ist. Wenn nicht ein gewisser Umfang an Arbeit vorhanden ist, braucht die Stadt keinen ¾ Manager. Da das InEKK beschlossen wurde, ist sie davon ausgegangen, dass der Politik bekannt ist, was sich dahinter verbirgt.

Ratsherr Forster erklärt, dass seines Erachtens geprüft werden soll, welche Maßnahmen ggf. bereits im Haushalt verankert sind und welche (kostengünstigere) Maßnahme ggf. umgesetzt werden kann.

Ratsfrau Lütkehus ist erstaunt darüber, dass Dipl.-Ing. Kumstel inhaltlich nicht informiert ist. Sie ging davon aus, dass die Verwaltung an der Erstellung des Konzepts beteiligt war.

Dipl.-Ing. Kumstel erklärt, dass er an der Weichenstellung nicht beteiligt war. Er bestätigt lediglich die Teilnahme an einem Workshop. Erst durch die Beratungen im Umwelt- und Energieausschuss war er wieder involviert.

Frau Lütkehus ergänzt, dass sie mit Herrn Swyter telefoniert hat, der jedoch auch keine fachliche Aussage treffen konnte und an Herrn Kumstel verwiesen hat.

Dipl.-Ing. Kumstel erwidert, dass Herr Swyter Geschäftsführer des REM ist und von dort die Aufträge z. B. an die Fa Beks erteilt wurden.

Nach kurzer weiterer Erörterung fasst Dipl.-Ing. Kumstel das Ergebnis der Beratung so zusammen, dass sich die Fraktionen mit dem Konzept befassen und danach der Verwaltung mitteilen, welche Maßnahmen gewünscht sind. Danach soll eine Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses stattfinden, in der die Liste der Projekte festgelegt wird.

Es ergeht folgender Beschluss:

**Wegen fehlender Informationen über die (priorisierten) Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts findet die abschließende Beratung des Tagesordnungspunktes in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses (ggf. Sondersitzung) vor den Haushaltsberatungen statt.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 11    Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in Norden - Kastanie, Raiffeisenstraße 4  
0665/2013/3.3**

**Sach- und Rechtslage:**

Der Wassersportverein Norden e.V. ist Eigentümer des Grundstückes Raiffeisenstraße 4. Auf diesem Grundstück befindet sich eine nach der *Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume* geschützte Kastanie. Der Antragsteller vermutet einen Pilzbefall und beantragt deshalb die Fällung des Baumes.

Im vergangenen Jahr wurde bei einer anderen Kastanie, die in unmittelbarer Nähe dieses Baumes stand, ein erheblicher Befall mit dem Hallimaschpilz festgestellt. Der Pilz war bereits mit seinem Myzel, den sogenannten Rhizomorphen deutlich sichtbar bis in einer Höhe von etwa 3 m am Stamm empor gewachsen. Große Rindenteile waren bereits abgestorben und abgeplatzt. Für diesen Baum wurde eine Fällgenehmigung erteilt (SV 301/2012/3.3.).

Im vorliegenden Fall konnte bei einem Ortstermin durch einen Mitarbeiter des Fachdienstes Umwelt und Verkehr kein Pilzbefall festgestellt werden.

Der Baum zeigt allerdings im Kronenbereich partielle Vitalitätsdefizite auf, was durch eine hellere Blattfarbe und ein vermindertes Triebwachstum angezeigt wird. Darüber hinaus weist der Baum eine Stammhöhlung auf. Messung ergaben, dass die Restwandstärke des Baumes in diesem Bereich über 30 % liegt (Radius: 25 cm, Restwandstärke 15 cm).

*Als Versagensmechanismus ausgehöhlter Stämme wird von Fachleuten die Restwandstärke herangezogen. Danach steigt das Risiko hohler Bäume an, wenn die gesunde Restwandstärke weniger als etwa 30% des Stammradius beträgt. Dieses Versagenskriterium („30%-Regel“) wird als Richtlinie zur Bewertung von Schadensfällen von Gerichten häufig verwendet.*

Danach kann die zu beurteilende Kastanie trotz Vitalitätsdefizite und Stammhöhlung zur Zeit als standsicher eingestuft werden. Es liegen keine Kriterien nach § 7 der Satzung vor, nach denen eine Beseitigung des geschützten Baumes zuzulassen wäre. Der Antrag ist daher abzulehnen.

Dipl.-Ing. Kumstel erläutert den Sachverhalt.

Vorsitzender Gent erklärt, dass er sich den Baum angesehen hat und den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützt.

Ratsherr Julius äußert sich erfreut darüber, dass der Fällantrag im Umwelt- und Energieausschuss behandelt wird. Er vertritt die Auffassung, dass alle Fällanträge in diesem Ausschuss behandelt werden sollen.

(Anmerkung: Dazu wird auf die Sitzungsvorlage Nr. 0994/2004/3.3 und die Anfrage Nr. AN 062/2009 verwiesen.)

**Der Fällantrag „Kastanie- Raiffeisenstraße 4“ wird abgelehnt.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 12 Bürgerbaum  
0728/2013/3.3**

**Sach- und Rechtslage:**

In der Stadt Norden soll Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, mittels einer einmaligen Spende einen Baum im Stadtgebiet pflanzen zu lassen (vgl. Beschluss-Nr. 0203/2012/3.3, 0203/2012/3.3/1 und 0564/2013/3.3). Für jede Baumspende in Höhe von 400,- € trägt die Stadt Norden einen Eigenanteil von 200,- € bei. Beginnend mit der Pflanzsaison Herbst 2013 kann die Aktion „Bürgerbäume für die Stadt Norden“ starten.

In der Sitzung wird das Konzept des „Bürgerbaumes“ (vormals als „Baumpatenschaften“ beschrieben) abschließend präsentiert. Der Flyer „Bürgerbaum in der Stadt Norden“ wird vorgestellt und kann somit im Anschluss in der Öffentlichkeit ausgelegt und verteilt werden. Er beschreibt die Aktion Bürgerbäume, fordert zum Spenden auf, erläutert die Vorgehensweise und macht Vorschläge für mögliche Baumstandorte. Mit Veröffentlichung des Flyers wird die Aktion auch auf der Internet-Seite der Stadt bekanntgegeben.

Desweiteren wird eine Urkunde präsentiert, die als Dankeschön ausgehändigt werden soll. In der Urkunde werden Spender/In, evtl. Beschenkte/r, Standort des Baumes und Baumart aufgeführt.

Eine Aussprache über den Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Unter Hinweis auf seine Idee, diese Initiative mit der Aktion „Ratsbaum“ zu starten, erklärt Vorsitzender Gent, dass er in einer Ratssitzung und auch später Geld gesammelt hat, das er heute der Verwaltung überreichen möchte. Es ist ein Betrag von 520,00 € zusammengekommen, der zum Ratsbaum werden soll.

Dipl.-Ing. Kumstel dankt Vorsitzendem Gent und erläutert, dass als Standorte der Kreisel am Alten Zollhaus und der Kreisel am Alten Rathaus in Erwägung gezogen wurden. Da am Standort Altes Rathauses jedoch wichtige Sichtachsen zerstört würden, favorisiere man nun den Standort am Alten Zollhaus. Trotz der zwischenzeitlich aufgestellten Skulptur sind sowohl der Künstler als auch die Verwaltung der Ansicht, dass dort zusätzlich ein Baum gepflanzt werden kann. Nach der planerischen Aufarbeitung und Visualisierung der Maßnahme wird die Politik das letzte Wort haben.

Es ergeht folgende Beschlussempfehlung:

**Der Ausschuss stimmt dem Konzept der Aktion „Bürgerbaum“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der Veröffentlichung und Umsetzung.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 13 Dringlichkeitsanträge**

Keine.

**zu 14 Anfragen**

Keine.

**zu 15 Wünsche und Anregungen**

**zu 15.1 Wünsche und Anregungen, Vortrag zur Geothermie**

Ratsherr Forster erinnert an die Zusagen von Herrn Richtstein und Ratsherrn Julius, die in der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 08.01.2013 zugesichert hatten, über die Möglichkeiten und Erfahrungen mit der Geothermie zu berichten.

Ratsherr Julius sagt eine kurzfristige Erledigung zu. Herr Richtstein hat die Sitzung bereits verlassen. (Anmerkung: Herr Richtstein wurde am 26.11.2013 per E-Mail über die Anregung informiert!)

**zu 16 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Vorsitzender Gent schließt die Sitzung um 19.20 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Die Protokollführerin

gez.

gez.

gez.

- Gent -

- Schlag -

- Swyter -